

Die Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen in den Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umgestaltung der partei-politischen Arbeit

Bericht des Genossen SHDANOW auf dem Plenum des ZK der KP(B)SU am 26. Februar 1937

1. Die Wendung im politischen Leben des Landes und unsere Aufgaben

Genossen! In Verbindung mit der Annahme der neuen Konstitution der UdSSR stehen uns die Wahlen in den Obersten Sowjet der UdSSR und in die Sowjets der Deputierten der Werkstätten von oben bis unten, nach dem neuen Wahlsystem bevor. Vor unserer Partei erhebt die Aufgabe der Vorbereitung zu den Wahlen.

Der Charakter dieser Vorbereitung, ihr Umfang, der Maßstab und die damit verbundene Umgestaltung der Parteiarbeit wird von der Tiefe jener Umbildungen bestimmt, die aus der neuen Konstitution für das politische Leben unseres Landes folgern.

Die Einführung der neuen Konstitution bedeutet eine Wendung im politischen Leben des Landes. Das Wesen dieser Wendung besteht in der weiteren Demokratisierung des Wahlsystems im Sinne der Ersetzung der nicht ganz gleichen Wahlen in die Sowjets — durch gleiche, der vielfufigen — durch direkte, der offenen — durch geschlossene.

Die Einführung der neuen Konstitution wirft jegliche Einschränkung, die bisher für die sogenannten Stimmrechtsverlustigen bestanden, beiseite.

Wenn früher, vor der Einführung der neuen Konstitution, die Wahlen in die Sowjets nicht gleiche waren, so ist jetzt die Notwendigkeit der Einschränkung der Wahlen weggefallen und alle Bürger haben das Recht, an den Wahlen auf gleichen Grundlagen teilzunehmen.

Wenn früher die Wahlen der mittleren und höchsten Machtorgane vielfufige waren, so werden jetzt die Wahlen entsprechend der neuen Konstitution in alle Sowjets von allen Bürgern unmittelbar auf dem Wege direkter Wahlen vorgenommen werden.

Wenn früher, nach der alten Konstitution, die Abstimmung bei den Wahlen eine offene war und nach Listen durchgeführt wurde, so ist jetzt die Abstimmung bei den Wahlen, entsprechend der neuen Konstitution, eine geheime und nach einzelnen Kandidaten, die von den Wahlkreisen aufgestellt werden.

Und schließlich führt die Konstitution die allgemeine Volksbefragung, das sogenannte Referendum ein.

Was bedeuten diese Veränderungen im Wahlsystem?

Sie bedeuten eine Verstärkung der Kontrolle der Massen in bezug auf die Sowjetorgane und eine Verstärkung der Verantwortlichkeit der Sowjetorgane in bezug auf die Massen. Das

neue Wahlsystem festigt die Verbindung der vom Volk Ausgewählten mit den Wählermassen. Es gibt einen mächtigen Anstoß zur Verbesserung der Arbeit der Sowjetorgane, zur Liquidierung der bürokratischen Mängel und Verzerrungen in der Arbeit unserer Sowjetorganisationen, diese Mängel aber sind, wie Sie wissen, sehr wesentlich.

Die Folge der Einführung des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts bei geheimer Abstimmung wird eine weitere Verstärkung der politischen Aktivität der Massen, die Heranziehung neuer Schichten der Werktätigen an die Arbeit der Verwaltung des Staates sein.

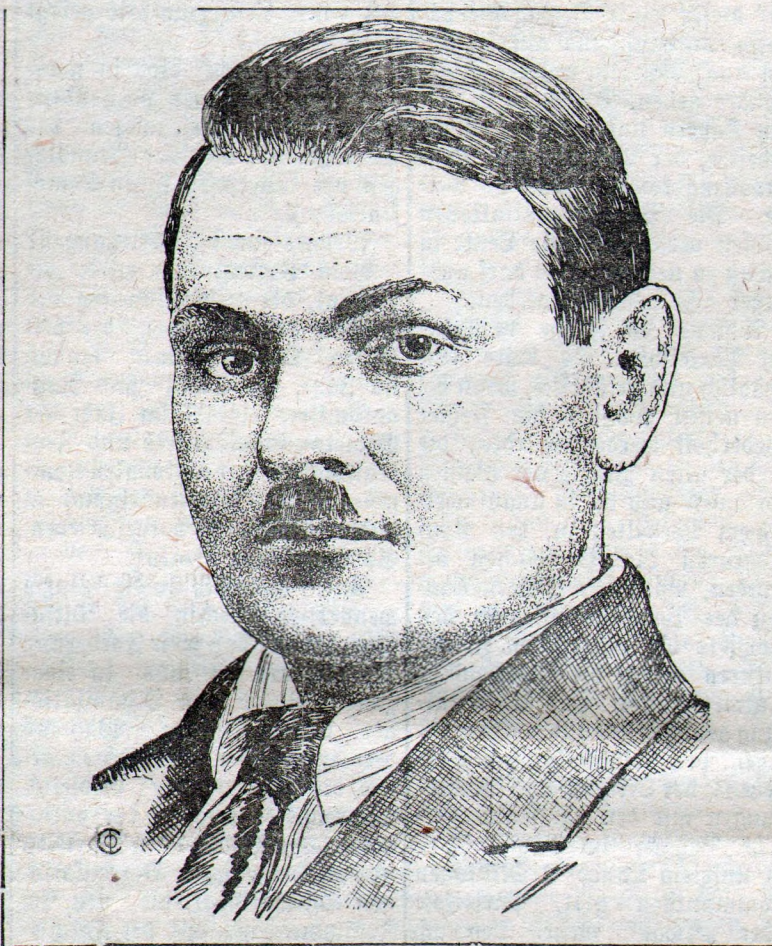
Damit wird die Diktatur des Proletariats biegsamer und folglich ein mächtigeres System der staatlichen Leitung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse, die Basis der proletarischen Diktatur erweitert sich, ihre Grundlage wird eine festere.

Der Leninismus lehrt:

„Die Diktatur des Proletariats hat ihre Perioden, ihre besonderen Formen, ihre verschiedenartigen Arbeitsmethoden. In der Periode des Bürgerkrieges ist das Moment der Gewalt in der Diktatur besonders augenfällig... In der Periode des Aufbaues des Sozialismus fällt umgekehrt die friedliche, organisatorische kulturelle Arbeit der Diktatur, die revolutionäre Gesetzmäßigkeit usw. besonders auf. Aber daraus folgt wiederum keineswegs, daß das Moment der Gewalt in der Diktatur während der Periode des Aufbaus wegfällt oder weggelassen kann.“

Die Repressivorgane, die Armee und andere Organisationen sind jetzt, in der Zeit des Aufbaus, nicht minder nötig, als in der Periode des Bürgerkrieges. Ohne das Vorhandensein dieser Organe ist keine einigermaßen gesicherte Aufbauarbeit der Diktatur möglich. Man darf nicht außer acht lassen, daß die Revolution vorläufig nur in einem Lande gesiegt hat. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß, solange es eine kapitalistische Umkreisung gibt, auch die Gefahr der Intervention mit allen sich darausergebenden Folgen bestehen bleibt.“ (Stalin „Zu den Fragen des Leninismus“.)

Daß neben den friedlichen, organisatorischen und kulturellen Seiten unserer Diktatur die Notwendigkeit ihrer repressiven Seiten nicht weggefallen sind, zeigt anschaulich die eben von uns behandelte Frage in der Angelegenheit Bucharin-Rykow. Die



Diktatur der Arbeiterklasse muß auch im weiteren mit rücksichtloser Hand den Widerstand der Ueberbleibsel der feindlichen kapitalistischen Klassen und der Agenten der faschistischen Bourgeoisie — der Trozisten-Sinowjewisten, der Rechten und anderer Feinde des Volkes überwinden.

Genosse Stalin lehrt uns, daß wir eine starke und mächtige Diktatur der Arbeiterklasse haben müssen, um die letzten Ueberbleibsel der absterbenden Klassen im Staub zu verwehen und ihre Diebesmationen zu zerbrechen.

Die Durchführung demokratischer Wahlen — das ist eine sehr ernste Sache. Das ist ein sehr ernstes Examen für unsere Partei im Sinne der Prüfung ihrer Verbindungen mit den Massen, der Arbeitsfähigkeit und der Autorität unserer Parteiorganisationen in den Massen. Die Durchführung der Wahlen verlangt eine gewaltige Anstrengung aller Kräfte unserer Partei.

Um dieser Wendung im politischen Leben unseres Landes vollgerüstet zu begegnen, muß sich unsere Partei an die Spitze dieser Wendung stellen und ihre führende Rolle bei den Wahlen der Obersten Organe des Landes sicherstellen.

Was heißt es, die führende Rolle der Partei bei den Wahlen in die Obersten Organe leiten und sicherstellen? Welche Aufgaben wird die Partei lösen müssen?

Vor allem muß man im Auge haben, daß unsere Funktionäre es mit einer gewissen Neu-

heit der Lage zu tun haben werden. Wir führen die Wahlen zum erstenmal nach dem neuen Wahlsystem durch. Wir haben keine Fertigkeiten bei der Wahl einzelner Kandidaturen nach dem Prinzip der geheimen Abstimmung usw. Das stellt für unsere Parteiorganisationen eine gewisse Schwierigkeit dar.

Zweitens, an der Spitze der Wendung im politischen Leben unseres Landes stehen und die Wahlen leiten — das heißt, die volle Beachtung des neuen Wahlsystems, das von der Konstitution festgesetzt ist, zu sichern, d. h. das Prinzip des allgemeinen, direkten, gleichen Wahlrechtes bei geheimer Abstimmung streng einzuhalten. Das heißt, daß unsere Parteiorganisationen unser neues Wahlgesez vor jeglichen Verzerrungen wie ihren Augenpfeln behüten müssen.

Drittens, unsere Parteiorganisationen müssen zum Wahlkampf bereit sein. Bei den Wahlen werden wir es mit feindlicher Agitation und feindlichen Kandidaturen zu tun haben. Daß eine solche Möglichkeit real ist, ist daraus ersichtlich, daß schon jetzt eine gewisse Belebung sowjetfeindlicher Elemente gerade in Verbindung mit den bevorstehenden Wahlen vorhanden ist. Unsere Parteiorganisationen müssen die Versuche feindlicher Elemente, die legalen Möglichkeiten auszunutzen, die ihnen die neue Konstitution gewährt, in voller Ausrüstung begegnen.

Solange unsere Leute schlummern und sich in Schwung setzen, handeln unsere Feinde schon und bereiten sich kräftig zu den

Wahlen vor.

Viertens, die geheime und personelle Abstimmung wird zum Unterschied von der offenen Abstimmung und der Abstimmung nach Listen eine Steigerung der Verantwortung der Partei für jede aufgestellte Kandidatur bedeuten. Um gewählt zu werden, müssen unsere Kandidaten den Wählern des Bezirks, wo sie aufgestellt werden, gut bekannt sein, muß ihre Tätigkeit den Wählern gut bekannt sein.

Die Prüfung durch geheime Abstimmung wird eine gründlichste Prüfung unserer Funktionäre sein, denn die geheime Abstimmung bietet bedeutend breitere Möglichkeiten der Ablehnung der vom Standpunkte der Massen unerwünschten und untauglichen Kandidaturen, als dies bisher war. Dies muß man sich klar vorstellen.

Fünftens, es muß die schädliche Psychologie überwunden werden, die bei einigen unserer Partei- und Sowjetarbeiter besteht, die annehmen, man könne das Volksvertrauen unentgeltlich bekommen und ruhig schlafen und warten, bis die Deputiertenmandate unter Beifallssturm, kraft der früheren Verdienste ins Haus gebracht werden. Das Vertrauen unentgeltlich bekommen, — damit wird bei der geheimen Abstimmung nichts herauskommen.

Wir haben in den Partei- und Sowjetorganisationen eine verhältnismäßig bedeutende Schicht von Funktionären, die glauben, ihre Aufgabe sei eigentlich schon dann beendet, wenn sie in den Sowjet gewählt sind. Davon spricht eine große Anzahl verantwortlicher Arbeiter, die die Plenums der Sowjets, die Deputiertengruppen und die Sektionen unserer Sowjets nicht besuchen, sich von der Erfüllung der elementarsten Deputiertenpflichten brücken.

Derartige Ueberbleibsel in der Psychologie unserer Funktionäre müssen gebrochen werden, man muß bei unseren Funktionären das Bewußtsein ihrer Verantwortung vor den Wählern erziehen und dabei berücksichtigen, daß jeder Ausgewählte von den Massen selbst gründlich und allseitig besprochen und geprüft wird.

Es wäre ein grober Fehler, den Kampf gegen diese Ueberbleibsel bis zum Moment der Wahlen zu verlegen. Wir müssen uns ohne Zögern mit der unentwegten Verbesserung der Arbeit unserer Sowjetorganisationen, unserer Verbindung mit den Massen, der Verstärkung der Verantwortung unserer Sowjetarbeiter vor den Massen befassen.

Sechstens, schon jetzt muß bei den Funktionären das Bewußtsein dessen erzoogen werden, daß das neue Wahlsystem eine be-

Die Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen in den Obersten Sowjet der UdSSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umgestaltung der partei-politischen Arbeit

Bericht des Genossen SHDANOW auf dem Plenum des ZK der KP(B)SU am 26. Februar 1937

deutend breitere Öffentlichkeit in der Tätigkeit der Sowjetorganisationen bedeutet und daß deren Tätigkeit vor den Augen der Massen verlaufen wird, daß ihre Verantwortung vor den Massen eine bedeutend vollere sein wird. Viele Sowjetdeputierte — Mitglieder unserer Partei sind gewöhnt, nur vor ihrer Parteiorganisation zu verantworten. Viele unserer Sowjetfunktionäre aus den Leuten, die zu Bürokratismus neigen, große Mängel in der Arbeit haben, sind eher bereit, vor dem Büro des Parteikomitees, im engen familiären Kreise Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen, als vor das Plenum des Sowjets zu treten, sich kritisieren zu lassen und die Kritik der Massen anzuhören. Mit solch einer Praxis der Verantwortungslosigkeit muß Schluß gemacht werden.

Siebtens, an der Spitze der Wendung im politischen Leben des Landes stehen und die demokratischen Wahlen sichern — das heißt, daß unsere Parteiorganisationen nicht warten dürfen, bis die Massen sie von unten hinsichtlich der Kritik und Ablehnung unserer Kandidaturen anstoßen, sondern selbst an der Spitze der Kritik und der Ablehnung ungeeigneter Kandidaturen stehen müssen, ohne deren Durchfallen bei der geheimen Abstimmung abzuwarten. Dabei müssen unsere Parteiorganisationen lernen, die freundschaftliche Kritik von der feindlichen zu unterscheiden. Bei uns kommt es nicht selten so vor, daß die Unzufriedenheit der Werktätigen mit einzelnen Mängeln und Verzerrungen in der Tätigkeit unserer Sowjetorgane als feindliche Kritik eingeschätzt und betrachtet wird. Das Geschick, die freundschaftliche Kritik, die manchmal sehr scharf ist, von der Kritik des Feindes zu unterscheiden, verlangt von unseren Parteiorganisationen ein hohes Niveau der partei-politischen Erziehung und großes Feingefühl.

Während der neuen Wahlen sind Versuche der Agitation gegen unsere Kandidaten seitens feindlicher Elemente möglich. Un-

serer Funktionäre haben nicht wenig schwierige Kampagnen auf verschiedenen Abschnitten der Beschaffungsarbeit, des Bauwesens usw. zu führen, und derartige Kampagnen kommen nicht ohne gewissen Druck aus. Das gehört zum Begriff der Diktatur der Arbeiterklasse. Wir verzichten auch weiterhin nicht auf diesen Druck, und es wäre lächerlich, darauf zu verzichten. Es wird offenbar auf dieser Linie Demagogie betreffs Aufbausung allerlei Arten von Mängeln unserer Funktionäre geben. Die Rede ist von den Kadern unserer Dorfsowjetarbeiter, der Arbeiter der Rayonvollzugskomitees und so weiter. Die Parteiorganisationen müssen verstehen, diese Leute in Schutz zu nehmen. Das darf nicht außer acht gelassen werden.

Achtens, die Frage bezüglich der Parteilosens. Es wäre sehr schädlich und gefährlich, wenn bei den neuen Wahlen die Fehler wiederholt werden würden, die in der alten Praxis der Wahlen vorkamen und die in unaufmerksamen Verhalten zu den Kandidaturen der Parteilosens bestanden, wo zwecks Sicherstellung des Parteieinflusses in den Sowjets die parteilosens Kandidaturen nicht die notwendige Aufmerksamkeit und Unterstützung genossen, die aus den Grundlagen des bolschewistischen Verständnisses der Zeitung und Verbindungen mit den Massen hervorgeht. Behaltet im Auge, daß es in unserem Lande 2 Millionen Kommunisten gibt, Parteilosens aber „etwas“ mehr. Demnach müssen wir, wenn wir an der Spitze der Wahlen stehen wollen, unseren Einfluß und die Verbindungen mit den Parteilosens verstärken und die parteilosens Kandidaturen, die das Vertrauen der Massen genießen, unterstützen, aber nicht verdrängen.

Derart sind einige Fragen, die die Leitung und Organisation der Vorbereitung zu den Wahlen betreffen. Sie traten auf die Tagesordnung nicht in der Weise ferner Perspektiven, sondern als kampfgemäße, gänzlich unaufschiebbare und brennende Aufgaben.

2. Die Verletzung des Wahlprinzips der Parteiorgane ist mit Organisationsprinzipien des Bolschewismus unvereinbar

Was wird von der Partei verlangt, damit sie an der Spitze der neuen, bis zu Ende demokratischen Wahlen stehen kann? Welches sind die Hauptbedingungen, die die Leitung der Partei bei der Wendung im politischen Leben des Landes sichern?

Dazu ist erforderlich, daß die Partei selbst eine consequente demokratische Praxis durchführe, daß sie bis zu Ende im innerparteilichen Leben die Grundlagen des demokratischen Zentralismus durchführe, wie es das Statut unserer Partei verlangt, daß die Partei selbst alle notwendigen Bedingungen besitze, kraft deren alle Organe der Partei gewählte seien, daß die Kritik und Selbstkritik im Innern der Partei sich in vollem Maße entwickle, daß die Verantwortung der Parteiorgane gegenüber der Parteimasse eine volle und daß

die Parteimasse selbst vollständig aktiviert sei.

Der Leninismus lehrt, daß der Aufschwung der Aktivität der Arbeiterklasse, den wir im Zusammenhang mit der bis zu Ende durchgeführten Sowjetdemokratie erstreben, eine ernste und große Sache ist. Um die Aktivität der Arbeiterklasse zu steigern, muß vor allem die Partei selbst aktiviert werden. Es ist notwendig, daß die Partei selbst fest und entschlossen den Weg der innerparteilichen Demokratie betrete, daß unsere Organisationen die breiten Massen der Partei, die das Schicksal unserer Partei schmieden, in die Behandlung der Fragen unseres Aufbaus hereinziehen. Ohne dieses kann von einer Aktivierung der Arbeiterklasse nicht einmal gesprochen werden. Dies lehrt uns Genosse Stalin.

Kann wohl gesagt werden, daß alle unsere Parteiorganisationen schon bereit sind, diese Bedingungen zu erfüllen, und daß sie sich bereits auf demokratischen Bahnen umgestellt haben?

Leider kann dies mit voller Ueberzeugtheit nicht gesagt werden.

Welches sind die Tatsachen, die davon zeugen, daß dies nicht mit voller Ueberzeugtheit gesagt werden kann?

Davon spricht die in manchen Organisationen vorhandene Praxis der Verletzungen des Parteistatuts und der Grundlagen des innerparteilichen Demokratisms.

Welches sind die Verletzungen?

Vom Parteistatut wird, wie bekannt, die Durchführung der Wahlen der Komitees der primären Organisationen einmal im Jahr, der Stadt- und Rayonkomitees einmal im Jahr, der Gebiets-, Gaukomitees und Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien einmal in anderthalb Jahren vorgeschrieben. So lautet das Statut.

Wenn man sich an die Praxis wendet, so sprechen die Tatsachen davon, daß diese Forderung des Statuts bei uns in einer ganzen Reihe von Organisationen verletzt wurde. Während der letzten zwei, drei Jahre wurden die Wahlen der Gebiets-, Gaukomitees und ZK der nationalen kommunistischen Parteien nur in denjenigen Organisationen durchgeführt, die neu, im Zusammenhang mit der Formierung neuer Gebiete (die Kalininer, Krasnojarsker, Omsker, Drenburger und Jaroslawer Organisation) gebildet wurden. Die Mehrzahl unserer Gebiets-, Gaukomitees und ZK der nationalen kommunistischen Parteien, Stadtkomitees, Rayonkomitees und primären Parteikomitees existiert seit der Periode des 17. Parteikongresses, d. h. seit einer Periode, wo die allgemeine Kampagne der Wahlen der Parteiorgane stattfindet. Ausnahmen von dieser Lage bilden, wie ich bereits sagte, die neuen Gaue und Gebiete, sowie auch einzelne Rayon- und Stadtorganisationen, hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Durchfallen der Parteiarbeit.

Also, die Gesetze unserer Partei wurden über den Haufen geworfen, obwohl wir auf das Statut schwören, es in Zirkeln einpaufen, während der Prüfung und des Austausches der Parteidokumente von jedem Parteimitglied das Kennen des Statuts forderten. Es stellt sich bei der Prüfung heraus, daß wir selbst uns unzulässig liberal zu unseren eigenen Parteigesetzen verhalten.

Vom Statut unserer Partei wird weiter die Wählbarkeit aller leitenden Organe der Partei von oben bis unten vorgeschrieben. Dies verlangt das Grundprinzip des organisatorischen Aufbaus unserer Partei — das Prinzip des demokratischen Zentralismus.

Der Paragraph 18 des Parteistatuts lautet: „Das leitende Prinzip des organisatorischen Aufbaus der Partei ist der demokratische Zentralismus, der

bedeutet:

a) Wählbarkeit aller führenden Organe der Partei von oben bis unten;

b) periodische Rechenschaftsablegung der Parteiorgane vor ihren eigenen Parteiorganisationen;

c) strenge Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit;

d) die unbedingte Pflicht der unteren Organe und aller Mitglieder der Partei, die Beschlüsse der höheren Parteiorgane durchzuführen.“

Dieses organisatorische Grundprinzip unserer Partei wurde in einer Reihe von Organisationen verletzt. Den Mitgliedern des Plenums ist wahrscheinlich schon bekannt, zu welcher schädlichen Folgen die Praxis der Verletzung des Parteistatuts in der Kiewer, Ufow-Schwarzmeeres- und anderen Organisationen für unsere Partei geführt hat, wo die Mißachtung des Statuts im Sinne der Abweichung vom Wahlsystem zu empörender Vernachlässigung der Parteiarbeit führte und das Eindringen feindlicher Elemente in die leitenden Parteiorgane begünstigte.

Eine solche ernste Verletzung des Statuts unserer Partei in bezug auf die Wählbarkeit ist die durch nichts zu rechtfertigende Verbreitung der Kooptierung verschiedener leitender Funktionäre in den Mitgliederbestand der Plenums der Parteikomitees, der Rayonkomitees, Stadtkomitees und ZK der nationalen kommunistischen Parteien.

Die im ZK der KP(B)SU vorhandenen Angaben sprechen davon, daß sich die schädliche Praxis der Kooptierung eingebürgert hat und weit vorgebrungen ist. Die Praxis der Kooptierung verletzt die gesetzlichen Rechte der Mitglieder der Partei an den Wahlen ihrer leitenden Organe Anteil zu nehmen, denn bei der Kooptierung werden die Mitglieder der Partei der Möglichkeit beraubt, an den Wahlen teilzunehmen, der Möglichkeit der Ablehnung untauglicher Kandidaten, nach ihrer Meinung wird überhaupt nicht gefragt, weil die Kooptierung im Plenum vor sich geht.

Die Kooptierung wird sehr breit angewendet. Das ist ein Uebel, an dem eine ganze Reihe von Organisationen leidet.

In den Gebietskomitees, Gaukomitees und ZK der nationalen kommunistischen Parteien gibt es 11,6 Prozent kooptierte Plenumsmitglieder. Das ist die Durchschnittsziffer. In einzelnen Organisationen steigt der Prozentsatz der Kooptierten auf 22,8 Prozent (Kiewer) und sogar auf 26,2 Prozent (Weißrussische Organisation), d. h. mehr als ein Viertel des Plenums besteht aus kooptierten Mitgliedern.

Im Bestande der Rayonkomitees und Stadtkomitees gibt es kooptierte: in der Moskauer Organisation 17 Prozent, in der Leningrader 17,2 Prozent, im Ufow-Schwarzmeergau 17,5 Prozent, in der Dnjepropetrowsker 26,7 Prozent, in der Weißrussischen 28,9 Prozent, in der Woronesher 29,8 Prozent, in der Armenischen 30 Prozent; d. h.

beinahe ein Drittel sind kooptierte.

Im Bestande der Büros der Rayonkomitees und Stadtkomitees in den Gebietsorganisationen schwankt der Prozentsatz der Kooptierten im Durchschnitt von 14 bis 59 Prozent der Gewählten. Im Westgebiet, in Armenien, in der Iwanowoer und der Karelischer Organisation sind mehr als die Hälfte der Mitglieder der Büros der Rayonkomitees und Stadtkomitees kooptiert. Dort kann man nicht feststellen, was vom gesetzlichen Bestande übrig blieb, der seinen Beginn auf die Wahlen zurückführt.

Das Ausmaß der Kooptierung geht so weit, daß z. B. auf dem Plenum des Kiewer Gebietskomitees am 19. Oktober 1934 ins Plenum auf einmal 14 Personen kooptiert wurden und darunter Ufrafjan, Dsenis, Sentschenko, Toder und andere, die gegenwärtig als Feinde der Partei entlarvt sind.

In Charkow blieben im Stadtkomitee der Partei von 158 Mitgliedern des Stadtkomitees und 34 Kandidaten, die auf der 4. Stadt-Parteikonferenz gewählt wurden, nur 59 übrig. Man kann diesen Bestand nicht als gesetzmäßig anerkennen, da nur ein Drittel der Gewählten übrig geblieben ist. Seit der letzten Parteikonferenz sind 61 Personen in den Bestand des Stadtkomitees kooptiert worden, wobei das Büro des Stadtkomitees mit Ausnahme eines einzigen Genossen vollständig aus kooptierten besteht.

Euch ist bekannt, zu welcher Sachlage in der Parteiorganisation derartige Verhältnisse in Charkow führten.

Wenn man sich an einzelne Rayonkomitees der Partei wendet, so verfügt Ihr offenbar selbst über genügend reichliches Material betreffs der Kooptierungen. Ich denke, daß es bei uns nicht bloß ein Duzend Rayonkomitees gibt, in denen die Mehrheit der Mitglieder des Rayonkomitees nicht gewählt, sondern kooptierte sind. Zum Beispiel sind im Malo-Archangelster Rayon (Kursker Gebiet) von 23 Personen — 18 kooptiert, im Mzensker Rayon (Kursker Gebiet) von 26 — 22 kooptiert, im Homeler Stadtkomitee (Weißrußland) von 52 — 40 kooptiert, im Oranienbaumer Rayon (Leningrader Gebiet) von 22 — 15 kooptiert, im Ustjuschinsker Rayon (desselben Gebiets) von 12 — 11 kooptiert usw.

Im Bestande der Büros einzelner Stadtkomitees und Rayonkomitees wird die Kooptierung ebenfalls breit praktiziert. Das Ulanowster Stadtkomitee hat unter 12 Büromitgliedern 11 kooptierte. Im Schtschufschanskiyer Rayonkomitee (Tscheljabinsker Gebiet) sind alle Büromitglieder kooptiert. Im Semipalatskiyer Rayonkomitee (Ost-Kasachstaner Gebiet) sind alle Büromitglieder kooptiert. Im Swerdlowskiyer Stadtkomitee (Swerdlowskiyer Gebiet) sind alle Büromitglieder kooptiert usw.

Die Manieren der Kooptierung gingen soweit, daß manchmal die Minderheit kooptiert oder aus dem Bestande des Pl-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Die Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen in den Obersten Sowjet der UdSSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umgestaltung der partei-politischen Arbeit

Bericht des Genossen SHDANOW auf dem Plenum des ZK der KP(B)SU am 26. Februar 1937

numms ausschließt, d. h. von einer gesetzlichen Beschlussfähigkeit hier keinerlei Rede sein kann. Das zeigt, daß der Begriff der Beschlussfähigkeit in einer ganzen Reihe von Dingen verwischt, verloren wurden. Zum Beispiel, im Leninrayon der Stadt Charlow versammelt sich am 4. April 1926 das Plenum des Rayonkomitees zusammen mit dem Aktio, auf dem die Frage des Ausschlusses eines ganzen Bündels von Leuten aus dem Bestand des Rayonkomitees gestellt wird. Ungeachtet dessen, daß nicht wenig Zeit nach dem bekannten Beschluß des ZK, daß die Aktiositzungen gesondert von den Plenarsitzungen einzuberufen sind, verfloßen ist, versammelt sich das Plenum des Rayonkomitees gemeinsam mit dem Aktio. Weshalb war dies notwendig? Deshalb, weil im Plenum die gewählten Mitglieder „nicht zureichten“. Von den Mitgliedern des Stadtkomitees waren 10 oder 11 Personen anwesend, jedoch das Plenum führte aus seinem Bestande 12 Personen. 10 Personen verschlangen 12 Personen. (Weiterkeit.)

Die Genossen hatten offenbar vergessen, daß sogar in der Periode des illegalen Bestehens der Partei, als die Kooptierung durch die Notwendigkeit hervorgerufen wurde, sie von einer ganzen Reihe einschränkender Bedingungen umgeben war.

Es ist noch wenig, daß die Plenums kooptieren, — es gibt Organisationen, die noch weiter gehen. Zum Beispiel das Plenum des Lushiner Rayonkomitees, Kirovgebiet, faßte einen Beschluß, laut welchem dem neuen Bestand des Büros die Kooptierung in den Bestand der Mitglieder des Rayonkomitees übertragen wurde. Gemäß diesem Beschluß des Plenums kooptierte das Büro des Rayonkomitees 7 Personen und bestätigte die Kooptierung auf dem Plenum erst nach fünf Monaten, wobei bei der Bestätigung dieser sieben Mitglieder des Rayonkomitees nur 6 gesetzlich gewählte Mitglieder des Plenums des Rayonkomitees anwesend waren.

Die Praxis der Verletzungen der Wählbarkeit und ihrer Ersetzung durch Kooptierung erfaßte sehr viele leitende Organisationen, und bei ihrem Gewährlassen gingen auch primäre Parteiorganisationen denselben Weg. Bei uns in Leningrad zum Beispiel war das Parteikomitee des Kanonerker Werkes vor dem 17. Kongreß gewählt worden, und während der drei Jahre, bei einem Bestand des Parteikomitees von 7 Personen, wurden 22 Personen kooptiert, d. h. das Parteikomitee wechselte dreimal seinen Bestand ohne normale Wahlen.

3. Die innerparteiliche Demokratie — ein unerschütterliches Gesetz des Parteilebens

Ueber die Praxis der Wahlen selbst. Die Mechanik der Wahlen ist bei uns oftmals so aufgebaut, daß den Parteimitgliedern die Möglichkeit genommen ist, sich frei zu den Kandidaturen auszusprechen, ihr Recht der Ablehnung und der Kriti-

in der Kirovsker Fabrik verblieben 3 aus dem Bestande der Gewählten, die übrigen sind kooptierte.

In das Parteikomitee der Fabrik namens Shdanow wurden zu verschiedener Zeit 31 Mitglieder kooptiert.

In Verbindung damit, daß die Verletzung der Fristen der Wahlen und die Kooptierung bei uns zu weitverbreiteten Erscheinungen wurden, vergaß man in einer Reihe von Organisationen, wer gewählt worden war. Gerade auf dieser Grundlage konnte es zu solchen Tatsachen kommen, über die Sie gestern in der „Prawda“ gelesen haben, daß man in Ojessa das Mitglied des Gebietskomitees der Partei Gen. Oleinikow verloren hatte und sich erst nach zwei Jahren wieder an ihn erinnerte, als er beunruhigt darüber, daß ihn niemand hört und herausruft, selbst im Gebietskomitee erschien.

Im Leningrader Gebiet, in der Parteiorganisation der Fabrik „Krachny Keramik“ in Borowitschij stand am 4. Januar 1937 die Frage über Ergänzungswahlen in das Parteikomitee. Ich lese nach dem Protokoll: „Der Sekretär des Parteikomitees Gen. Rodionow informiert über die Erfüllung des ihm von der Parteiversammlung gegebenen Auftrags bezüglich der „dokumentalen Bergengauigung“ des Bestandes des Parteikomitees. Er teilte mit, daß nach den Dokumenten, die im Parteikomitee vorhanden sind, Swiderstij, Kusnezow, Danilow und Rodionow Mitglieder des Parteikomitees sind. In der Liste des Parteikomitees zählen Gromowa, Sokolow, Kalinin, die aber durch Dokumente nicht bestätigt werden. Beschlossen: In den Bestand des Parteikomitees Klarheit zu bringen und ergänzend arbeitsfähige Genossen in dasselbe zu wählen.“

Unter anderem haben sich in dieser Versammlung zwei Mitglieder des Parteikomitees, die als gesetzlich gewählt betrachtet wurden, kategorisch davon losgesagt, sie wurden heftig überzeugt. Der Sekretär des Parteikomitees erzählte dann von den Schwierigkeiten der Erfüllung der ihm übertragenen Aufgabe, die Mitglieder des Parteikomitees „zu suchen“: „Ich suchte und suchte nach den Mitgliedern des Parteikomitees und hab' sie kaum gefunden.“

So steht es mit den groben Verletzungen der Gesetze unserer Partei über die Wählbarkeit der Parteiorgane und mit der Ersetzung der Wählbarkeit durch die Praxis der Kooptierung, die mit dem Geiste und den Traditionen unserer Partei nicht vereinbar sind.

fizierung unannehmbarer Kandidaten auszunutzen. Die Organisation der Wahlen ist nicht darauf gerichtet, die wirkliche Möglichkeit der Prüfung jeder Kandidatur durch die Parteimasse sicherzustellen, sondern darauf, möglichst rascher, einfacher

die Wahlen durchzuführen und sich der lästigen Kritik der Parteimassen in bezug auf diese oder jene Kandidatur zu entledigen. Bei uns verhält sich die Sache gewöhnlich so: der Sekretär des Parteikomitees macht einige Tage vor der Konferenz irgendwo in einer Ecke seines Notizbuches eine provisorische Aufstellung der Kandidaten. Dann wird eine Beratung der Sekretäre einberufen, in der die Liste formiert wird. Dann geht die Besprechung der Kandidaten in das „sinij konwert“, wie man bei uns den Seniorenkonvent nennt, und in die Beratung der Delegationen über. Die Besprechung der Kandidaturen erschöpft sich demnach in verschiedenen geschlossenen vorübergehenden Beratungen in „familiärer“ Ordnung, ohne besondere „Umstände“. Es ist ganz klar, daß, wenn die Beratungen der Sekretäre und der Delegationen die Frage im voraus entschieden haben, es außerordentlich schwierig ist, irgendeinen Kandidaten in der allgemeinen Versammlung oder in der Konferenz abzulehnen.

In den Konferenzen selbst werden in der Regel Diskussionen über die Kandidaturen nicht eröffnet, die Abstimmung wird, nach Listen, aber nicht personell durchgeführt, und auf diese Weise verwandelt sich die Wahlprozedur in eine einfache Formalität. In den Konferenzen wird der Kurs auf Geschwindigkeit genommen. Als Vorsitzender wird eine Person hingestellt, die mit aufgestülpten Ärmeln die Wahlen nach der Liste in irgendwie 20 Minuten „durchdreht“. Hier ergibt sich auch eine Demonstration voller Einmütigkeit, und für Einwände gibt es dem Wesen nach keine Möglichkeit. Anstatt den Leuten die Möglichkeit zu geben, in der eigentlichen Konferenz sich an der Besprechung zu beteiligen, einer breiten Kritik und der Ablehnung aufgestellter Kandidaturen den Weg freizugeben, wird die ganze Angelegenheit auf eine enge organisationelle „Technik“ hinausgeführt, die das eine Ziel verfolgt: sich gegen die Kritik der Parteimassen abzugrenzen.

Eine solche Praxis ist mit dem Geist und den Traditionen unserer Partei und denjenigen Aufgaben, die vor uns stehen, unvereinbar. Sie stellt eine verschleierte Verletzung der gesetzlichen Rechte des Parteimitglieds, eine Verletzung der Parteidemokratie dar.

Ueber die Kooptierung wollte ich noch eine Bemerkung machen. Ich will mich auf die Erfahrungen des Zentralkomitees unserer Partei beziehen. Wenn die örtlichen Funktionäre besser beim Zentralkomitee gelernt hätten, so würden wir nicht einen solchen Spielraum der Kooptierung zugelassen haben, den es in einer Reihe von Organisationen gab. Hat doch das Zentralkomitee während der Zeit seines Bestehens kein einziges Mitglied und keinen einzigen Kandidaten in das ZK kooptiert. Eine solche Praxis gibt es im Zentralkomitee nicht.

Der nächste ernste Mangel in der Sache der Beachtung der

Grundlagen des innerparteilichen Demokratismus ist das weit verbreitete System der Ernennung der Parteileiter, der Sekretäre der Parteikomitees. Diese Praxis muß in der Richtung geändert werden, daß, wenn ein Parteikomitee beabsichtigt, im Bestande der Parteileitung einer niederen Organisation eine Veränderung vorzunehmen, — daß es verpflichtet ist, die vorgemerzte Kandidatur, vor dem Vorstellen derselben zur Bestätigung in der höheren Parteinstanz, derjenigen Parteiorganisation zur Besprechung vorzustellen, wohin der Sekretär empfohlen wird, und erst dann wegen der Sanktionierung in die höhere Organisation zu gehen.

Bei uns gibt es nicht wenig Sekretäre der Parteikomitees, die in den Bestand des Parteikomitees nicht gewählt sind. Ich könnte hier einige Duzend Leute nennen, die als Sekretäre von Parteikomitees nicht in den Bestand der Parteikomitees gewählt sind. Sie bekamen die Ernennung, bekamen die Kommandierungsbescheinigung, kommen an und setzen sich sofort an die Arbeit, der alte Sekretär aber legt, als Regel, keine Rechenschaft ab. Bei uns sind die „Selbstabrechnungen“ stark entwickelt, aber die Rechenschaftsablegung der Parteikomitees vor den Parteimassen ist offen ungenügend entwickelt.

Betreffs der Selbstabrechnungen. In der Form, in der bei uns die Selbstabrechnungen der Kommunisten praktiziert werden, sind sie ein bürokratisches Lustigmachen über die Parteimitglieder. Zum größten Teil sind die Selbstabrechnungen mit dem Wühlen im persönlichen Leben, im Familienleben des Kommunisten, aber durchaus nicht mit dem Aufklären seiner Avantgarderolle und Arbeit in den Massen verbunden. Wohinaus führen die Selbstabrechnungen? Davon sprechen einige Tatsachen. Die Parteiorganisation des Kolchos namens Dershinski, Matwejewer Rayon, Orenburger Gebiet, hört die Selbstabrechnung des Kommunisten Sidorow an: „Er liest und abonniert keine Zeitungen. Mit der Frau lebt er nicht schlecht, mit den Kindern ebenfalls... In Betracht ziehen, daß Sidorow seine Familie nicht genügend erzieht.“ Dies ist eine typische Selbstabrechnung.

Dieselbe Organisation fixierte zur Selbstabrechnung des Parteimitgliedes Masin, der seine Frau geschlagen hatte: „Familiendummheiten nicht mehr zulassen. In kürzester Frist die Familienverhältnisse regeln.“ (Weiterkeit.)

Im Sowchos namens Amosow, in Kasachstan, wird die Selbstabrechnung des Kommunisten Salitrow angehört. Es wird der kurze Beschluß gefaßt: „Angehört: Die Selbstabrechnung Salitrows. Beschlossen: Salitrow zu verhaften.“ (allgemeine Weiterkeit.)

Stimme: Weshwegen?

Shdanow: Hier taucht eine andere Frage auf: hat die Parteiorganisation das Recht, ihre Mitglieder zu verhaften? So

hat dieser Mensch sein Unglück heraufbeschworen!

In vielen Parteiorganisationen ist die Rolle der Plenums herabgesetzt. Die Plenums werden selten einberufen, mehr zur Behandlung von Parade- oder allgemeinen Fragen; Fragen der örtlichen Arbeit werden selten gestellt. Fragen über Wahlen und andere Fragen werden, wie ich schon betont habe, bei Abwesenheit der nötigen Anzahl Parteimitglieder behandelt und entschieden.

Das Watschsker Rayonkomitee, Gorkier Gebiet, hat im Verlaufe des Jahres 1936 nicht ein einziges Plenum einberufen. Im Wselowsker Rayon, Onjepropropetrowsker Gebiet, wurde im Verlaufe von zehn Monaten nicht ein einziges Plenum einberufen. Im Tschelinsker Rayon in Tatarien und in einer Reihe anderer Rayonkomitees Tatariens wurde im Jahre 1936 7—8 Monate lang kein einziges Plenum einberufen. Wo bleibt da die kollektive Leitung? Ebensolche Mängel auf der Linie der Herabsetzung der Rolle unserer wählbaren Organisationen gibt es auch in den primären Parteiorganisationen.

Im Projekt der Resolution ist ein Hinweis darauf enthalten, daß wir eine solche Lage sichern müssen, bei der in der primären Parteiorganisation die strenge Einhaltung der Ordnung der Wahlen der Parteikomitees in den allgemeinen Betriebsversammlungen gesichert und die Ersetzung der letzteren durch die Konferenzen nicht zugelassen wird. Dort wird auch auf die Notwendigkeit der Liquidierung der in einer Reihe von primären Parteiorganisationen vorhandenen Praxis der faktischen Aufhebung der allgemeinen Versammlungen und die Ersetzung der allgemeinen Versammlung durch Abteilungsversammlungen und Konferenzen hingewiesen.

Stellt euch die Lage in einer großen Fabrik vor, in der es 1000—1500 Mitglieder der Partei gibt. Statt zur Wahl des Parteikomitees eine allgemeine Betriebs-Parteiversammlung einzuberufen, wird nach der Norm von einem Delegierten auf drei Mitglieder der Partei eine Fabrik-Konferenz einberufen, die allgemeine Fabrik-Parteiversammlung durch eine Konferenz ersetzt und die Wahlen durchgeführt; das heißt, dem Wesen nach werden zwei Personen von drei der Möglichkeit beraubt, an den Wahlen teilzunehmen. Ist das zulässig? Es ist klar, daß das in keinem Falle zulässig ist.

Die Rolle der allgemeinen Versammlungen ist herabgesetzt. In einer Reihe von Organisationen werden allgemeine Parteiversammlungen selten einberufen, mit Fragen des örtlichen Parteilebens befaßt man sich wenig. Die Verletzung der Grundlagen des innerparteilichen Demokratismus zeigt sich auch in der Vorbereitung der Parteiversammlungen, wo die Parteimitglieder nicht rechtzeitig wissen, welche Fragen besprochen werden.

Ueber die Vorbereitung der (Fortsetzung auf Seite 4)

Die Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen in den Obersten Sowjet der UdSSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umgestaltung der partei-politischen Arbeit

Bericht des Genossen SHDANOW auf dem Plenum des ZK der KP(B)SU am 26. Februar 1937

Resolutionen der Parteiversammlungen. Nicht selten werden auf den Parteiversammlungen die Resolutionen in dieser oder jener Frage vorzeitig eingereicht oder von Meistern dieser Sache während der Versammlung selbst zusammengefasst, ohne zu berücksichtigen, was in den Debatten besprochen wurde. Bei uns ist die Formulierung in Mode: ein Projekt des Beschlusses auszuarbeiten „auf Grund des Meinungsaustausches“, in Wirklichkeit aber wird gerade dieser „Meinungsaustausch“ nicht berücksichtigt.

Das ist eine Erscheinung der größten Mißachtung der gesetzlichen Rechte der Mitglieder der Partei.

Unordentlich und gewissenlos-kaltblütig verhalten sich bei uns die Leute zu den Parteidokumenten und -Beschlüssen. Wir alle müssen beim Zentralkomitee das Verhalten zu den Parteidokumenten lernen. Wenn wir jetzt die Rolle des Mitgliedsbuches und die Achtung zu demselben hoben, so kann das von sehr vielen unserer anderen Parteidokumente nicht gesagt werden. Wie werden sie zusammengefasst, ausgefüllt, aufbewahrt? Nachlässig. Beim ZK müssen wir die außerordentliche Genauigkeit, Achtsamkeit und Akkuratheit zu jedem Parteidokumente lernen. Wir haben in dieser Beziehung an Ort und Stelle eine große organisatorische Fahrlässigkeit, Gleichgültigkeit.

Absolut nicht unwichtig ist z. B. die Frage: haben die Mitglieder des Büros des Parteikomitees Materialien zur Besprechung auf den Sitzungen erhalten oder nicht, haben sie sie einen Tag früher erhalten, oder werden sie erst während der Sitzung selbst verteilt? Das ist auch eine Frage des innerparteilichen Demokratismus.

Diese Fragen scheinen kleinlich zu sein, aber letzten Endes schaden sie uns, insofern sie das Wachsen des Aktivs hemmen und ihm die Möglichkeit der aktiven und selbständigen Beteiligung am Leben der Partei erschweren. In Verbindung damit entwickelt sich auch das Kommandieren und allerhand andere Sachen.

Ich möchte noch ein Beispiel der Verletzung der Prinzipien der kollektiven Leitung anführen. Es handelt sich um die sogenannten „Dreiecke“. Unter dem Deckmantel des „Dreiecks“, das aus dem Sekretär des Parteikomitees, dem Leiter des Betriebs oder der Anstalt und dem Vorsitzenden der örtlichen Gewerkschaftsorganisation besteht, existiert bei uns in einer Reihe von Organisationen neben den normalen gewählten Organen (Parteikomitee und Fabrikkomitee) eine eigenartige offiziell und regulär wirkende, von keinen Partei- und Sowjetgesetzen vorgesehene Organisation. Sie kommt zusammen, fasst Beschlüsse, gibt Direktiven zur Erfüllung usw. Vom Standpunkte der kollektiven Leitung, vom Standpunkte der richtigen Beziehungen zwischen den Partei-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen stellt das Dreieck eine völlig unzulässige Form dar. Das ist

Bettlerwirtschaft, ein Uebereinkommen dazu, um das Kritisieren zu erschweren. Und wenn schon diese drei einig geworden sind, probiere es, hinzugehen und sie zu kritisieren! Das entpersönlicht die Gewerkschafts- und Parteiorganisation, entwaffnet sie im Kampfe gegen die Mängel der wirtschaftlichen Leitung, andererseits aber entwaffnet es den Wirtschaftler, denn das Dreieck stellt etwas wie eine Art kollegialen Organs der Verwaltung dar, währenddem unsere wirtschaftliche Leitung auf eine ganz andere Art aufgebaut ist.

Die Dreiecke stellen eine Parodie, eine Karikatur, ein Surrogat der kollektiven Leitung dar. Wozu führt das? Hier bei uns in Leningrad, in der Fabrik namens Kalinin schloß man einen Kommunisten deswegen, weil er Kritik an der falschen Leitung der Stachanowbewegung seitens der Fabrikverwaltung übte, deswegen, weil er auf die Mängel in der Leitung hinwies, aus der Partei aus. Er wurde zum Mörgler gestempelt. Wir haben ihn als Mitglied der Partei wiederhergestellt, diejenigen bestraft, die ihm gegenüber in ungeschickter und grober Weise vorgegangen waren. Aber selbst diese Tatsache

4. Alles beseitigen, was das Wachsen des Parteiaktivs hindert

Für alle ist es klar, über welche gewaltigen Parteikader wir verfügen müssen, um erfolgreich die Aufgaben lösen zu können, die von der Entwicklung des sozialistischen Aufbaus auf allen Gebieten, von der Einführung der neuen Konstitution, mit unserem weiteren Kampfe für den Kommunismus, diktiert werden, wieviel ergebene und selbstlose Genossen wir sowohl in der Partei, als auch außerhalb deren Grenzen, inmitten der Parteiloßen brauchen!

Wir müssen aus unserer Parteipraxis alles das entfernen, was das Wachsen des Aktivs, die Entwicklung seiner Selbsttätigkeit und die Hebung seiner Rolle in der Leitung des Parteilebens, in der Besprechung aller Fragen der Parteipolitik, wie dies aus den Grundlagen der innerparteilichen Demokratie hervorgeht, — hemmt und hindert.

Genosse Stalin lehrt uns stets, daß das Parteiaktiv besondere politische Bedeutung im Leben unserer Partei hat. Es ist der Durchführer der Beschlüsse unserer Partei. Wenn ein Parteibeschluss gefasst ist, befindet sich sein Schicksal in den Händen des Aktivs. Das Parteiaktiv ist der Ausdruck der gesellschaftlichen Meinung der Partei.

Gerade dadurch, daß unsere Partei verstand, breite Schichten des Aktivs herauszuschneiden und im Geiste Lenins-Stalins zu erziehen, lösten wir mit Erfolg die Grundaufgaben des sozialistischen Aufbaus, haben wir derartige gigantische, märchenhafte Siege.

Gerade in diesem Zusammenhang wurde auf Initiative des

war nur durch das Vorhandensein des Dreiecks möglich geworden, das sich vorher darüber einig geworden war. Der Direktor kam hin und sagte: eine empörende Sache, man schimpft die Direktion! Ihm stimmten der Sekretär des Parteikomitees und der Vorsitzende des Fabrikkomitees zu. So kommt es zu Unterdrückung der Kritik, und dann ist es für die Arbeiter in einer solchen Fabrik schon schwer, ihr Recht zu erlangen.

Wir scheint, daß es Zeit ist, die Frage der Liquidierung der Dreiecke aufzuwerfen.

Worin besteht der Schaden aller oben angeführten Tatsachen der Verletzung der Grundlagen des demokratischen Zentralismus? Er besteht darin, daß eine solche Praxis das Wachsen der Aktivität und Selbständigkeit der Parteimitglieder hemmt, bei den Parteimitgliedern das Gefühl des Wertes herabsetzt, das ideologische und politische Wachstum der Parteimitglieder hindert, den Parteimitgliedern ihre gesetzlichen Rechte der Kontrolle auch über die Tätigkeit der Parteiorgane entzieht und dadurch die richtigen Beziehungen zwischen den Leitern und den Parteimassen verlegt, die Partei angesichts der vor ihr stehenden Aufgaben schwächt.

Genossen Stalin der bekannte Beschluss des ZK über die Versammlung der Parteiaktive zur Besprechung der Beschlüsse des ZK der KP(B)SU gefasst.

Eben deswegen müssen wir von unserem Wege alles beseitigen, was die Erweiterung der Kader unseres Aktivs, sein ideologisch-politisches Wachsen, seine bolschewistische Stählung, seine organisatorische Festigung hindert. Die Aufgaben, die wir sowohl auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaus, als auch im Zusammenhang mit den bevorstehenden neuen demokratischen Wahlen lösen müssen, stellen die wichtigste Frage der Aktivierung jedes Kommunisten auf die Tagesordnung.

Unsere gesamte Zweimillionen-Parteimasse muß vollständig aktiviert werden, jeder Kommunist muß aktiver Organisator, Agitator und Propagandist für die Sache der Partei sein. Unter diesem Winkel muß unsere Organisations-, Agitations- und Propagandarbeit umgestaltet werden.

Eine Bemerkung über die Propagandarbeit. Der Hauptmangel in unserer Propagandarbeit, auf den das ZK wiederholt hingewiesen hat, besteht darin, daß sie oftmals scholastisch abgerissen von den laufenden und brennenden Kampfaufgaben der Partei geführt wird. Unsere Propaganda muß so gestellt werden, daß die Aufgabe jedes Propagandazirkels, jeder Schule eine solche Erziehung der Kommunisten sei, bei welcher die Bervollständigung des Wissens und die Bervollkommnung der Parteimitglieder in der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus nicht Selbstzweck, sondern

ein Mittel zur Erziehung aktiver Propagandisten für die Sache der Partei sei. Das ist es, was man in unserer Propagandarbeit als eines ihrer wichtigsten Prinzipien im Auge haben muß.

Ohne Liquidierung der großen Mängel, die wir in unserer innerparteilichen Praxis und in erster Reihe auf der Linie der Verletzungen der innerparteilichen Demokratie und der Wählbarkeit haben, können die neuen Aufgaben der Partei, die mit den demokratischen Wahlen verbunden sind, nicht gelöst werden und die Parteiorganisationen können sich vor diesen Aufgaben als unfähig erweisen. Und wenn wir die Wahlen nach dem neuen Wahlsystem durchführen wollen, so wie das die Partei verlangt, so wie das die Konstitution verlangt, wenn wir bei unseren Partei- und Sowjetarbeitern Achtung unserer Gesetz, bei den Massen Achtung der Sowjet-Konstitution gegenüber erzielen wollen — so müssen wir die Umgestaltung der Parteiarbeit auf Grund der unbedingten und vollen Verwirklichung der Grundlagen der innerparteilichen Demokratie, die im Statut unserer Partei vorgesehen sind, sichern.

Ausgehend davon müssen wir folgende Maßnahmen durchführen:

Erstens, unbedingt die Praxis der Kooptierung liquidieren und entsprechend dem Statut die Wählbarkeit der leitenden Organe der Parteiorganisation wiederherstellen.

Zweitens, bei der Wahl der Parteiorgane die Abstimmung nach Listen verbieten und von

der offenen Abstimmung zur geheimen und personellen Abstimmung übergehen. Dabei muß das unbegrenzte Recht der Ablehnung der aufgestellten Kandidaturen durch die Mitglieder der Partei und das unbegrenzte Recht der Kritik dieser Kandidaturen gesichert werden.

Im Zusammenhang damit ist es notwendig, die ersten Verletzungen der Wählbarkeit in unseren Parteiorganisationen in Betracht ziehend, daß die Wahl der Parteiorgan, angefangen von den Parteikomitees der primären Organisationen und bis zu den Gau-Gebiets-Komitees und ZK der nationalen kommunistischen Parteien durchgeführt wird, indem diese in den nächsten zwei Monaten verwirklicht und bis Ende Mai vollendet wird. Es ist notwendig, weiterhin die Fristen der Wahlen der Parteiorgane entsprechend dem Statut streng einzuhalten: in den primären Parteiorganisationen einmal im Jahr; in den Rayon- und Stadtorganisationen — einmal im Jahr; in den Gau-Gebiets- und republikanischen Organisationen — einmal in anderthalb Jahren.

Was die Parteiversammlungen anbelangt, so ist es notwendig, kategorisch die Praxis der Ersetzung der allgemeinen Parteiversammlungen durch Abteilungsverfammlungen oder Konferenzen zu verurteilen und keine zweistufigen Wahlen in den Parteiorganisationen zuzulassen, sondern die Praxis der Wahl der unteren Parteiorgane unmittelbar in den allgemeinen Versammlungen einzuführen.

Das sind die Vorschläge, die ich hier formulieren wollte.

Nachlässiges Verhalten zur Kadervorbereitung

Bei der Komplettierung der Traktoristenkurse im Dezember 1936 hat die Gnadentauer Kolchosverwaltung den Kollektivisten, die sie auf die Kurse schickte, versprochen, daß sie ihnen die notwendigen Bedingungen und allseitige Unterstützung im Lernen sicherstellt. Doch dieses Versprechen, richtiger gesagt die heilige Pflicht, hat die Kolchosverwaltung schon in den ersten Tagen nach der Abkommandierung der Kollektivisten auf die Kurse vergessen, infolgedessen die Kursisten im Lernen stark gehemmt werden.

Das Internat, in dem die Gnadentauer Kursisten wohnen, ist schlecht mit Heizmaterial versorgt; es mangelt fortwährend an Petroleum, so daß die Kursisten am Abend nicht lernen können; die gesellschaftliche Ernährung ist schwach; wenn die Kursisten nach Hause wollen, um reine Kleidung zu holen, so müssen sie immer zu Fuß gehen. Derartiger Mangel in der Vorbereitung der neuen Traktoristen gibt es noch viele.

Jedesmal, wenn die Kursisten nach Hause kommen, gehen sie in die Verwaltung und verlangen die Schaffung

normaler Verhältnisse auf den Traktoristenkursen, aber bis heute ist noch keine Besserung eingetreten.

Die KLV müßte hier einmal Ordnung schaffen.

Kursant: Ott.

Aus dem Gerichtssaal

Der Bürger des Dorfes Gnadentau August des Johannes **Bundan** wollte in betrunkenem Zustand seine Frau erschießen. Doch die Flinte war nur mit Pulver geladen und der Schuß ging an seiner Frau vorüber.

Das Volksgericht von Seelmann verurteilte Bundan zu anderthalb Jahren Freiheitsentziehung, was auch vom Hauptgericht bestätigt wurde. Der Verurteilte Bundan ist in Haft genommen.

B. M.

Für den verantw. Redakteur: R. W. PRETZER.

Bevollmächtigter der Hauptverwaltung der ASSRdWD № 13-30. Auflage 916 Ex., Format 40x29. Typographie zu Seelmann.